

Fragebogen zu den ESG-Kriterien

Als Förderbank des Landes Berlin wollen wir den Transformationsprozess in eine nachhaltige Gesellschaft zusammen mit Ihnen begleiten. Dies gibt uns die Möglichkeit, die regulatorischen Anforderungen zu erfüllen und Berlin auf dem Weg zur Klimaneutralität zu unterstützen. Durch die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) wurden die Leitlinien zur Kreditvergabe und -überwachung veröffentlicht. Ziel ist es, die Kreditvergabestandards der Institute in der Eurozone zu stärken und zu vereinheitlichen. Dabei wird ein besonderer Fokus auf die Berücksichtigung von ESG-Risiken (E = environment / Umwelt, S = social / Soziales, G = governance / Steuerung) gelegt. Zukünftig werden diese Risiken durch sogenannte ESG-Indikatoren im Rahmen der Kreditentscheidung erhoben bzw. mit einbezogen.

Im nachfolgenden Fragebogen haben wir die nötigen Kriterien der regulatorischen Anforderungen zusammengefasst. Dabei ist nicht nur der aktuelle Stand wichtig, auch die geplante zukünftige Entwicklung fließt in die Bewertung mit ein. Bitte verwenden Sie für Ihre Angaben den aktuellen Datenstand.

Glossar

Bruttowertschöpfung

Quelle hierfür ist der Jahresabschluss. Die Gesamtleistung entspricht der Summe aus Umsatzerlösen, Bestandserhöhungen, aktivierten Eigenleistungen und sonstigen betrieblichen Erträgen. Der Materialaufwand entspricht den Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen.

CO₂-Äquivalente

Das CO₂-Äquivalent (CO₂e) ist eine Maßeinheit zur Vereinheitlichung der Klimawirkung der unterschiedlichen Treibhausgase. Neben dem wichtigsten von Menschen verursachten Treibhausgas Kohlendioxid (CO₂) gibt es weitere Treibhausgase wie beispielsweise Methan oder Lachgas. Das CO₂-Äquivalent gibt somit an, wie sehr ein Gas in einem bestimmten Zeitraum im Vergleich zur gleichen Menge CO₂ zur Erderwärmung beiträgt.

Um die CO₂ Äquivalente zu berechnen, muss die Menge der Treibhausgase mit Ihrem GWP (Global Warming Potential) multipliziert werden. GWP ist ein Index, bei dem CO₂ den Indexwert 1 hat, während das GWP für alle anderen Treibhausgase das Ausmaß der Erwärmung ist, das sie im Vergleich zu CO₂ verursachen. So verursacht 1 kg Methan im Vergleich zu 1 kg CO₂ eine 25-mal stärkere Erwärmung über 100 Jahre, weshalb der GWP-Wert von Methan 25 beträgt.

Scope 1-3

Scope 1:

Emissionen aus Quellen, die direkt in Ihrem Besitz oder Geltungsbereich sind (bspw. Betrieb des eigenen Heizkessels oder Fuhrparks).

Scope 2:

Emissionen aus der Nutzung von Energie, die Sie einkaufen (z.B. der eigene Stromverbrauch, Wärme, Kühlung, etc.). Erzeugt Ihr Unternehmen die genutzte elektrische Energie selbst, dann wird dieser Strom nicht als Scope 2 bilanziert, sondern der eingesetzte Brennstoff wird unter dem Scope 1 (direkten)-Emissionen bilanziert.

Scope 3:

Emissionen, die aus Aktivitäten resultieren, die nicht direkt zu Ihrem Unternehmen gehören (z.B. aus Geschäftsreisen oder dem Abfallmanagement).

Physische und transitorische Umweltrisiken

Physisches Risiko bezeichnet die finanziellen Auswirkungen eines sich wandelnden Klimas. Zu diesen Auswirkungen zählen u. a. häufigeres Auftreten extremer Wetterereignisse und schrittweise Klimaveränderungen sowie die Umweltzerstörung (etwa in Form von Luft- und Wasserverschmutzung, Verschmutzung von Landflächen, Wasserstress, Verlust der Biodiversität und Entwaldung). Das physische Risiko gilt als „akut“, wenn es aufgrund von extremen Ereignissen wie Dürren, Überschwemmungen und Stürmen entsteht. Ist es die Folge allmählicher Veränderungen (z. B. steigende Temperaturen, Anstieg der Meeresspiegel, Wasserstress, Verlust der Biodiversität und Ressourcenknappheit), wird es als „chronisch“ klassifiziert. Die Auswirkungen können direkt auftreten (z. B. als Sachschäden oder in Form einer verminderten Produktivität) oder indirekt zu Folgeereignissen wie der Unterbrechung von Lieferketten führen.

Unter dem **Transitionsrisiko** (das auch „Übergangsrisiko“ genannt wird) versteht man finanzielle Verluste, die Instituten direkt oder indirekt infolge des Anpassungsprozesses an eine kohlenstoffärmere und nachhaltigere Wirtschaft entstehen können. Dieses Risiko könnte beispielsweise aufgrund recht kurzfristig verabschiedeter politischer Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz, des technischen Fortschritts oder aufgrund von Veränderungen bei Marktstimmung und Präferenzen zum Tragen kommen.

Emissionspreis

Der Emissionspreis bezeichnet den Preis, welchen die Anleger:innen beim Ersterwerb von Wertpapieren zahlen müssen. Ein CO₂-Preis, auch Kohlenstoffpreis genannt, ist ein Preis, der für Emissionen von Kohlendioxid (CO₂) gezahlt werden muss. Der CO₂-Preis dient dazu, externe Kosten der Kohlendioxidfreisetzung zu internalisieren, insbesondere die Folgen der globalen Erwärmung. Der CO₂-Preis muss für jede Tonne CO₂ bezahlt werden, die ausgestoßen werden soll. Er kann als CO₂-Steuer oder als CO₂-Emissionshandels-System umgesetzt werden.

Recycelte Ausgangsstoffe

Recycelte Ausgangsstoffe sind Materialien, die Primärrohstoffe ersetzen, die von internen oder externen Quellen gekauft oder besorgt werden, und die keine Nebenprodukte und kein Nicht-Produkt-Output der Organisation sind.

Recyclingquote

Als Recyclingquote oder auch Recyclingrate bezeichnet man den Anteil der tatsächlich aus dem Abfall recycelten Wertstoffe.

Die recycelbaren Wertstoffe werden nach ihrer Beschaffenheit unterschieden:

- Sekundärbauteile (z.B. komplette, wiederverwertbare Bauteile)
- Sekundärrohstoffe (z. B. stofflich wiederverwertbares Material wie Metalle, gebrochenes Glas oder Dämmstoffe bei Bauabfall).

gefährliche Stoffe

Gefährliche Stoffe sind in der Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) geregelt.

Dazu zählen Stoffe die:

- explosionsgefährlich
- brandfördernd
- hochentzündlich
- leicht entzündlich
- entzündlich
- (sehr) giftig
- gesundheitsschädlich
- ätzend
- reizend
- sensibilisierend
- krebserzeugend
- fortpflanzungsgefährdend
- erbgutverändernd
- umweltgefährlich sind.

Gender-Pay-Gap

Der Gender-Pay-Gap beschreibt den geschlechtsspezifischen Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern.

Er berechnet sich aus der Differenz des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes (ohne Sonderzahlungen) der Männer und Frauen im Verhältnis zum Bruttostundenverdienst der Männer.

Leistungsgruppen

Dabei handelt es sich um Qualifikationsstufen aufgrund der nach Lohngruppen gegliederten Tarifverträge, nach denen Arbeitnehmer:innen in der amtlichen Lohnstatistik zum Zweck der besseren Analyse der Ergebnisse eingeordnet werden.

Good-Governance

Ist ein politisch-praktischer und politikwissenschaftlicher Begriff, der darauf hinweist, dass eine gute Regierungsführung und öffentliche Verwaltung sowohl Effizienzkriterien als auch ethische Grundsätze berücksichtigen muss. Insbesondere sind zu beachten:

- Rechtsstaatlichkeit und Transparenz bei politischen Entscheidungen
- Vermeidung von Willkür, Korruption und Klüngelei
- Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Gruppen
- Beachtung von Minderheitsrechten